

ZBW

**Deutsche Zentralbibliothek
für Wirtschaftswissenschaften**

Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft

www.zbw.eu

Signatur

B 15786

B 15786

Ein Beitrag

zur

praktischen Lösung

der

Arbeiter-Versicherungs-Frage.

von

H. Kleeberg,

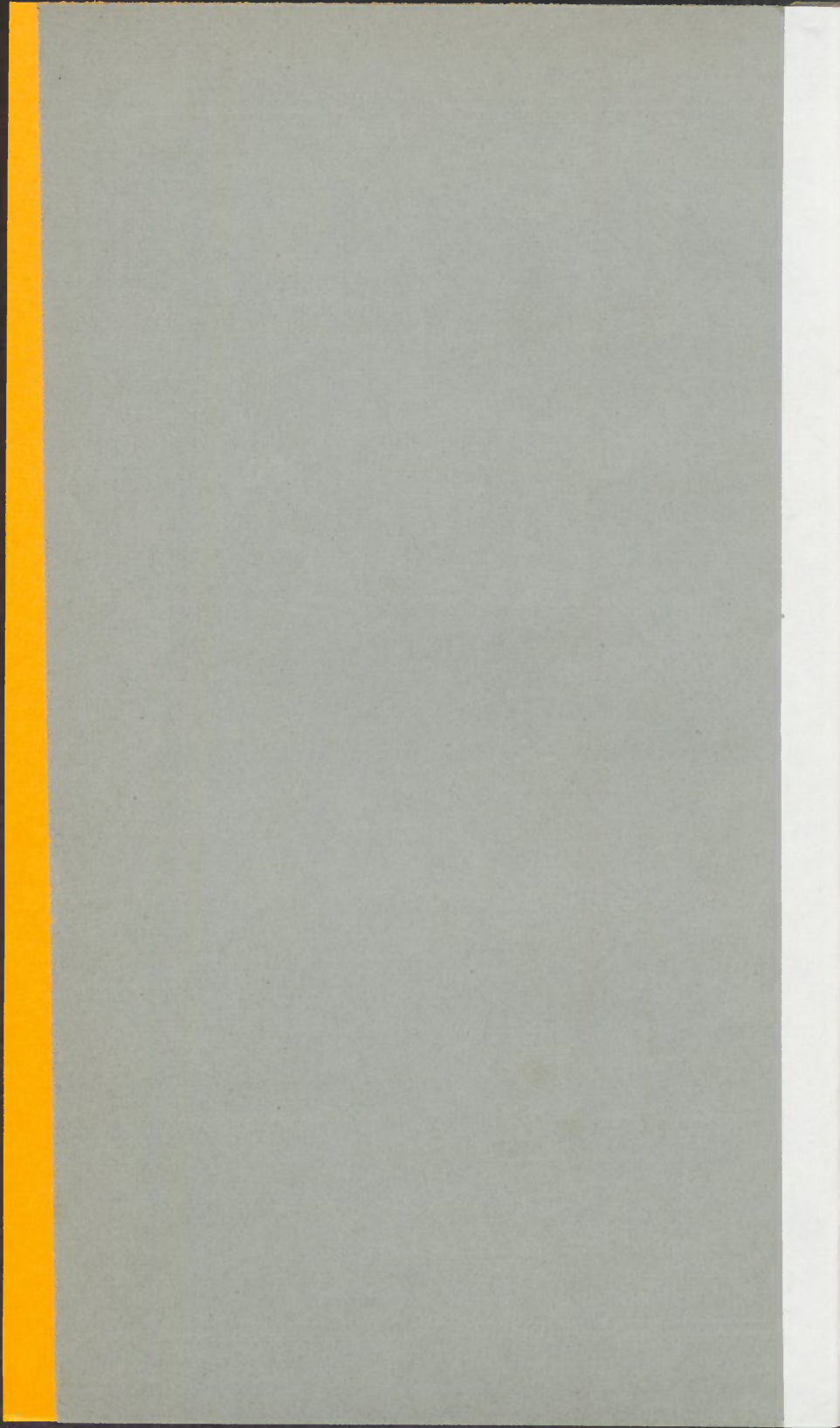
Kassencuranz-Director

in

Frankfurt a/M.

Berlin, 1880.

Druck von Gebrüder Grunert, Junferstraße 16.



Ein Beitrag

zur

praktischen Lösung

der

Arbeiter-Versicherungs-Frage

von

H. Kleeberg,

Assicuranz-Director

in

Frankfurt a/M.

Berlin, 1880.

Druck von Gebrüder Grunert, Junferstraße 16.



Der Unterzeichnete hält es für seine Pflicht, Angesichts des lebhaften Interesses, welches gegenwärtig der so wichtigen Arbeiter-Versicherungs-Frage allseitig zugewandt wird, auch seinerseits ein Scherflein zu der angestrebten praktischen Lösung derselben beizutragen. Er stützt sich dabei auf seine langjährigen Erfahrungen, welche er in praktischer Thätigkeit auf dem Gebiete des Versicherungswesens im Allgemeinen, und der Unfall-Versicherung im Besonderen, gesammelt hat. Schon während der Verathungen der gesetzgebenden Factoren über den Entwurf des Reichshaftpflichtgesetzes gelangte man zu der Erkenntniß, daß die Haftpflichtfrage sich nur in Verbindung mit der Unfall-Versicherung praktisch werde lösen lassen, bezw. daß den Arbeitgebern wie den Arbeitnehmern ein Versicherungsschutz theils unentbehrlich, theils sehr willkommen sein werde. In Deutschland kannte man vor der Emanation des Haftpflichtgesetzes weder die Arbeiter-Unfall-Versicherung, noch die sogen. Haftpflicht-Versicherung. Die Vorbereitungen für die Begründung der ersten Unfall-Versicherungs-Gesellschaft in Deutschland hielten mit den Verathungen des Haftpflicht-Gesetzes gewissermaßen gleichen Schritt, und als das Gesetz unterm 7. Juni 1871 erlassen wurde, waren die ersteren so weit gediehen, daß die von dem Unterzeichneten begründete „Allgemeine Unfall-Versicherungs-Bank in Leipzig“ mit demselben Tage, an welchem das Haftpflichtgesetz in Wirksamkeit trat, — am 29. Juni 1871 —, ihren Geschäftsbetrieb eröffnen konnte. Seitdem sind, in ziemlich rascher Folge, eine Anzahl weiterer Unfall-Versicherungs-Gesellschaften entstanden, und es gelten diese Institute heute bereits als wichtiges und unentbehrliches Glied in der Reihe der übrigen

volkswirtschaftlichen und Versicherungs-Institutionen aller Art, obgleich die Unfall-Versicherung eigentlich erst in den Anfangsstadien ihrer Entwicklung sich befindet und ihre hohe Bedeutung erst mit der sicher zu erwartenden großartigen weiteren Entwicklung zur vollen Geltung und allgemeinen Anerkennung gelangen wird. Hand in Hand mit der Unfall- und resp. Haftpflicht-Versicherung gehen alle übrigen Zweige der f. g. Arbeiter-Versicherung. Ich habe es stets als meine Aufgabe betrachtet, die gesammte Arbeiter-Versicherungs-Frage, in ihren einzelnen Theilen sowohl, wie im Zusammenhange, eingehend zu studiren, und sowohl Neigung wie Beruf haben mich dahin geführt, mir in allen hier einschlägigen Fragen ein selbstständiges Urtheil zu bilden. Alle Bestrebungen, die materielle Lage der Arbeiter zu verbessern, insbesondere auch die leidigen Gegensätze zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern — oder, wie das Schlagwort heißt: zwischen „Kapital und Arbeit“ — zu beseitigen, oder doch zum Mindesten zu mildern, haben von jeher meine vollste Aufmerksamkeit und Sympathie gehabt. Von diesen Gesichtspunkten geleitet, und völlig frei von vorgefaßten Meinungen und Illusionen irgend welcher Art, sowie fern von allem Partei-Getriebe, möchte ich einige praktische Winke zur Lösung der Arbeiter-Versicherungs-Frage hier dem öffentlichen Urtheil unterbreiten. Möge es mir namentlich gelingen, durch meine positiven Vermittlungs-Vorschläge die unerfüllbaren Wünsche auf der einen, wie auf der anderen Seite, auf das richtige Maß zurückzuführen.

Ich beginne mit der, meiner Ansicht nach zur Zeit wichtigsten Frage der Haftpflicht- und Unfall-Versicherung. Die vielseitig gehörten Klagen über das Haftpflichtgesetz einerseits und über die Unfall-Versicherung andererseits, entspringen aus einer gemeinsamen Ursache, nämlich aus den Mängeln des Haftpflichtgesetzes, insoweit sich dasselbe auf den Fabrik- und Bergwerksbetrieb bezieht. (§ 2.) So lange die Entschädigungspflicht von dem Nachweise des Verschuldens des Arbeitgebers selbst, oder eines seiner Aufseher und Angestellten, abhängig gemacht und die Beweislast dem verunglückten Arbeiter auferlegt wird — so lange wird das Haft-

pflichtgesetz nur einen höchst relativen Werth für die Arbeiter haben und die Quelle zahlloser Prozesse, sowie Mißhelligkeiten und Unzuträglichkeiten aller Art, bleiben. Ob der Arbeitgeber gegen seine gesetzlichen Haftpflicht-Verbindlichkeiten versichert ist oder nicht, ist vollkommen gleichgültig, denn stets wird von dem verunglückten Arbeiter der Nachweis verlangt werden, daß entweder der Arbeitgeber selbst, oder einer seiner Angestellten und Aufseher, den Unfall verschuldet haben. Die den Arbeitgeber event. schützende Unfall-Versicherungs-Gesellschaft wird und muß ein gleiches Verlangen stellen, sobald sie den betreffenden Arbeitgeber nur gegen seine haftpflichtgesetzlichen Verbindlichkeiten versichert und auch nur eine, dieser begrenzten Versicherungsart entsprechende geringe Gegenleistung — Prämie — empfangen hat. Die Klagen über Unconlanz oder gar Chikanen der Unfall-Versicherungs-Gesellschaften sind im Allgemeinen unbegründet. Das wahre Interesse einer jeden Unfall-Versicherungs-Gesellschaft — einerlei, ob Actien- oder Gegenseitigkeits-Institute, — erheischt unbedingt eine thunlichste Vermeidung der Prozesse, schon mit Rücksicht auf die bedeutenden Prozeßkosten, welche der Gesellschaft selbst dann zur Last fallen, wenn der Gegner, der meistens im Armenrechte klagt, unterliegt. Die Schuld an den, leider sehr zahlreichen Haftpflichtprozessen ist nach meiner, auf einer reichen Erfahrung beruhenden, Ueberzeugung in der Hauptsache der Lückenhaftigkeit des Haftpflichtgesetzes zuzuschreiben. Die Unfall-Versicherung darf sogar das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, daß unter ihrer Beihilfe das Haftpflichtgesetz, trotz seiner großen Mängel, dennoch einen nicht zu unterschätzenden praktischen Nutzen gebracht hat. Ich erinnere nur an die Thatsache, daß schon viele Decennien vor der Emanation des Haftpflichtgesetzes vom 7. Juni 1871 in den linksrheinischen Gebieten Deutschland's (in der preussischen Rheinprovinz, in Rheinbayern, in Rheinhessen und im Großherzogthum Baden) der Code Napoléon — im Art. 1384 — den Arbeitgebern eine weitaus schärfere Haftpflicht auferlegte, als dies durch den § 2 des Haftpflichtgesetzes geschehen ist. Gleichwohl sind bis zum Erlaß des letzteren die Haftpflichtbestimmungen des Code Napoléon ein todter Buchstabe

geblieben, jedenfalls nur deshalb, weil bis dahin die Unfall-Versicherung noch nicht existirte, welche letztere erst den Arbeitgebern die Möglichkeit gewährt, ihre Haftpflichtverbindlichkeiten in allen Fällen, ohne Schädigung der eigenen Existenz, mit verhältnißmäßig geringfügigen Opfern zu erfüllen. Die segensreiche Wirksamkeit der Unfall-Versicherung bethätigt sich seitdem mit jedem Jahre mehr, indem die zur Auszahlung gelangenden Entschädigungs-Summen sich von Jahr zu Jahr steigern und im verflossenen Jahre bereits die respectable Höhe von mehr als 4 Millionen Mark erreicht haben. Der wirthschaftliche Nutzen der Unfall-Versicherung wird fort und fort wachsen, da immer weitere Kreise für diese wichtige Institution interessirt und gewonnen, mehr und mehr Unfall-Versicherungs-Gesellschaften in's Leben gerufen werden, — da das Arbeitsfeld für dieselben ein nahezu unerschöpfliches ist —, und die Beseitigung der zur Zeit noch vorhandenen Mängel mit der fortschreitenden Erfahrung, und namentlich auch durch die vermehrte Concurrenz, sicher zu erwarten steht.

Das größte Hinderniß für die volle Entwicklung des Unfall-Versicherungs-Wesens ist im § 2 des Haftpflichtgesetzes zu erblicken: hier ist der eigentliche Sitz des Uebels, und von hier aus müßte meines Erachtens die Reform der Haftpflicht- und der Unfall-Versicherungs-Frage ihren Ausgangs-Punkt nehmen. Nachdem die Statistik und Erfahrung während des nahezu zehnjährigen Bestehens des Haftpflichtgesetzes zur Genüge gelehrt haben, daß die weitaus größere Zahl aller Unfälle in Fabriken, Bergwerken und Steinbrüchen, durch den § 2 des Haftpflichtgesetzes nicht geschützt ist, so liegt wohl der Gedanke nahe, auf eine Abänderung und bezw. Verbesserung dieser Gesetzesbestimmung hinzuwirken. Ich bin nun der Meinung, daß eine bloße Abwälzung der Beweislast von den Arbeitern auf die Arbeitgeber, wie solches von verschiedenen Seiten beantragt wird, beiden Theilen wenig nützen würde, wenn im Uebrigen die Begrenzung der Haftpflicht nur auf solche Unfälle, welche durch ein Verschulden des Arbeitgebers oder seines Aufsichtspersonals herbeigeführt sind, beibehalten werden sollte. Alsdann würde das jetzige mißliche Verhältniß, welches zu so

zahlreichen Prozessen führt, nur einfach umgekehrt werden: es würden fortan die Arbeitgeber sich bestreben, den Beweis ihres Nichtverschuldens zu erbringen, genau so, wie bisher die verunglückten Arbeiter bemüht waren, den Schuldbeweis ihrer Arbeitgeber oder deren Aufseher u. zu führen. Ob hierbei die Arbeiter überhaupt etwas gewinnen würden, erscheint mir mindestens fraglich; keinesfalls glaube ich, daß eine bloße Verschiebung der Beweislast die Quelle, aus welcher die Prozesse entspringen, verstopfen würde, und gerade dieses Ziel wird doch allseitig angestrebt. Nicht minder wirkungslos dürfte die in der Presse vielfach besprochene, wenn ich nicht irre, von Herrn Lasker vorgeschlagene Abänderung des Haftpflichtgesetzes werden, welche bezweckte: „die Verantwortlichkeit des Unternehmers und die Beweislast in einer der Natur der einzelnen Gewerbebetriebe entsprechenden Weise zu regeln.“ Ich kann es mir wenigstens nicht vorstellen, daß es ein wünschenswerther Zustand werden, oder zur Beseitigung der Prozesse führen könnte, wenn sowohl die Verantwortlichkeit des Unternehmers, wie die Beweislast, für die verschiedenartigen Gewerbebetriebe verschieden normirt werden sollten. Meiner Ueberzeugung nach dürfte es am einfachsten und zweckmäßigsten sein, und den Interessen der Arbeitgeber sowohl, wie der Arbeiter, am besten entsprechen, wenn der § 2 eine ähnliche Fassung erhielte, wie der § 1 des Haftpflichtgesetzes, jedoch mit der Beschränkung, daß für die verunglückten Arbeiter u. eine Maximal=Entschädigung fixirt wird. Das von anderer Seite aufgestellte Verlangen: die Arbeitgeber in unbegrenzter Höhe für alle und jede Unfälle ihres Arbeits- und Betriebs=Personals gesetzlich entschädigungspflichtig zu erklären — wie im § 1 die Eisenbahnen — halte ich für zu weitgehend, da ich den hiergegen geltend gemachten Einwand: daß die Industriellen, oder doch ein mehr oder minder großer Theil derselben, nicht im Stande seien, dergleichen unberechenbare Verpflichtungen, ohne Bedrohung ihrer eigenen Existenz, zu übernehmen, für zutreffend halte. Dagegen erblicke ich in der Begrenzung der Entschädigungs=Summen, etwa auf Höhe des dreifachen Jahreslohnes der Verunglückten, einen praktischen Ausweg,

welcher geeignet erscheint, alle Betheiligten zufriedenzustellen und die widerstrebenden Interessen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, durch beiderseitiges Ab- und Zugeben, zu versöhnen. Wenn der dreifache Jahreslohn als Maximal-Entschädigungs-Grenze festgehalten werden sollte, — wie dies z. B. in dem vor Kurzem emanirten englischen Haftpflichtgesetze der Fall ist —, so würden die Arbeitgeber materiell kaum höher belastet werden, als dies jetzt bereits durch den § 2 des Haftpflichtgesetzes geschieht. Herr Commerzien-Rath Baare bezeichnet in seiner Denkschrift die Allgemeine Unfall-Versicherungs-Bank in Leipzig als ein „Muster-Institut“, obgleich bei demselben die Haftpflicht-Prämien in Folge der, gerade bei dieser Anstalt zahlreichen Prozesse und den dadurch verursachten bedeutenden Prozeßkosten, in den letzten drei Jahren bereits auf eine Höhe gestiegen sind, daß die Industriellen fast um den gleichen Betrag ihr Personal gegen alle und jede Unfälle, auf Höhe des dreifachen Jahreslohnes, versichern könnten. Es würde sich also event. nicht nur nicht um eine Mehrbelastung der Industriellen, sondern um eine effective Entlastung derselben handeln, wenn man ferner in Betracht zieht, daß eine sehr große Anzahl Arbeitgeber, um den lästigen Haftpflichtprozessen möglichst aus dem Wege zu gehen, sich längst entschlossen hat, ihre Arbeiter auch gegen die nichthaftpflichtigen Unfälle zu versichern. Diese doppelten Leistungen: für die Versicherung gegen die Haftpflicht einerseits und gegen die nichthaftpflichtigen Unfälle andererseits, würden auf keinen Fall von den Industriellen in Anspruch genommen werden, wenn ihnen durch das revidirte Haftpflichtgesetz, wie ich vorschlagen möchte, eine Entschädigungs-Verpflichtung für alle Unfälle ihres Personals, bis zur Höhe des dreifachen Jahreslohnes, auferlegt werden sollte. Ausgeschlossen von der Ersatzverbindlichkeit sollten meines Erachtens nur solche Unfälle werden, welche entweder durch höhere Gewalt oder durch grobes Selbstverschulden des Verunglückten entstanden sind. Da diese letzteren Eventualitäten in der Praxis selten vorkommen, so würden nahezu sämtliche Unfälle durch die Haftpflicht geschützt sein; es würden fortan die ärgerlichen Prozesse vermieden, die darauf bisher ver-

wandten bedeutenden Kosten für Entschädigungszwecke verfügbar werden; die Arbeitgeber würden kaum höhere materielle Opfer, als die ihnen schon jetzt auferlegten, zu tragen haben, und die Arbeiter würden stets auf eine, im Voraus fixirte, Entschädigungs-Summe mit Sicherheit zu rechnen haben. Wenngleich auf der einen Seite die verunglückten Arbeiter und bezw. deren Hinterbliebenen sich event. mit mäßigeren Entschädigungs-Summen, als jeither, begnügen müßten, so würde andererseits dieser scheinbare Nachtheil doch wiederum reichlich dadurch aufgewogen werden, daß nicht, wie bisher, die Entschädigungen auf Grund des Haftpflichtgesetzes die Ausnahmen, sondern in Zukunft die Regel bilden würden.

Veranschlagt man den Durchschnittslohn der Arbeiter auf Mk. 600 pro Jahr, so würde im Todesfalle die Familie eine baare Entschädigung von Mk. 1800 zu erwarten haben; im Invaliditätsfalle könnte dem Verunglückten diese Summe entweder auf einmal ausgezahlt, oder je nach seiner Wahl in Form einer lebenslänglichen Rente zufließen, — mit der Maßgabe, daß im vorzeitigen Todesfalle des Invaliden das nicht abjorbirte Renten-Deckungs-Kapital seiner Familie zufallen müßte; endlich bei Verletzungen, welche nur eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit der Verunglückten zur Folge haben, könnte für die Dauer derselben die Entschädigungs-Summe, wie dies bei den meisten Versicherungs-Gesellschaften bereits üblich ist, auf 1 pro Mille pro Tag, also bei Mk. 600 Jahreslohn, welcher einer Versicherungs-Summe von Mk. 1800 entsprechen würde, auf Mk. 1,80 pro Tag — oder auch auf $\frac{2}{3}$ des Tagelohnes — fixirt werden. Bei höherem Jahreslohne erhöhen sich entsprechend die Versicherungs- und bezw. Entschädigungs-Summen, also z. B. bei Mk. 1000 Jahreslohn würden im Todes- oder Invaliditätsfalle Mk. 3000, bei vorübergehender Erwerbsunfähigkeit Mk. 3 pro Tag vergütet werden; bei Mk. 2000 Jahreslohn würden die bezüglichen Entschädigungs-Summen Mk. 6000 und bezw. Mk. 6 betragen u. s. w. Ich will gerne zugeben, daß sich darüber streiten läßt, ob die Entschädigung auf Höhe des dreifachen Jahreslohnes für alle Fälle

ausreichend sei, indessen bin ich aus eminent praktischen Gründen für diese Begrenzung. Einmal würden den Arbeitgebern dadurch keine, oder doch nicht nennenswerth höhere, materielle Opfer, wie bisher, auferlegt werden; zweitens würden die Arbeiter die beruhigende Sicherheit erlangen, fortan gegen alle Unfälle mit bestimmten Summen gesetzlich geschützt zu sein; drittens bliebe es den Arbeitern unbenommen, da sie für die Haftpflicht-Versicherung keinerlei Beitragszahlungen zu leisten hätten, sich noch ihrerseits mit beliebig hohen Summen aus eigenen Mitteln zu versichern, wozu ihnen die Unfall-Versicherungs-Gesellschaften, deren Zahl sich, dem vorhandenen Bedürfnisse entsprechend, noch wesentlich vermehren dürfte, genügende Gelegenheit und bereitwilliges Entgegenkommen bieten werden. Von einer gemeinschaftlichen Versicherung der Arbeitgeber und Arbeiter verspreche ich mir auf Grund meiner bisherigen Erfahrungen nicht nur kein befriedigendes Resultat, sondern möchte vor einer Wiederholung dieses mißglückten Versuches sogar entschieden warnen. Der § 4 des jetzigen Haftpflichtgesetzes hatte schon eine derartige Absicht in's Auge gefaßt, die Erfahrung hat aber mittlerweile gelehrt, daß derselbe das striete Gegentheil bezweckt hat und nur eine weitere Quelle der Unzufriedenheit und des Streites geworden ist, so daß dessen gänzliche Beseitigung — allerdings unter billiger Rücksichtnahme auf die Knappschaftskassen, um an diesen alten, festgegliederten Institutionen nicht zu rütteln — im Interesse des Friedens dringend wünschenswerth erscheint. Die Herstellung eines möglichst klaren und präcisen Rechtsverhältnisses zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern erscheint mir vorzugsweise in der heiklen Haftpflichtfrage von der höchsten Wichtigkeit, und bezweifle ich nicht, daß diese Aufgabe durch Adoptirung meiner Vorschläge zur Zufriedenheit aller Theile gelöst werden könnte. Die von einigen Seiten in Anregung gebrachte Verquickung der Beitragspflichten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, oder gar Heranziehung der Kommunen, und vielleicht in letzter Linie sogar des Staates, halte ich für keine glückliche Idee, übrigens auch für durchaus entbehrlich. Noch mehr möchte ich aber davor warnen, die ver-

chiedenartigen Factoren, aus welchen sich die gesammte Arbeiter-Versicherungsfrage zusammensetzt (Haftpflicht- und Unfall-, Kranken- und Invaliditäts-Versicherung, und Wittwen- und Waisen-Versorgung) zusammenzuwürfeln. Das könnte leicht dazu führen, absolut unerfüllbare Hoffnungen in den Arbeiterkreisen zu erwecken und schließlich alle Fragen als ungelöst — weil angeblich unlösbar — fallen zu lassen, da eine gemeinschaftliche, gleichzeitige Lösung derselben in der That ein Umding ist. Schon eine jede einzelne dieser Fragen ist so wichtig und schwierig, daß sie für sich selbstständig in Angriff genommen werden muß, um sie einer einigermaßen befriedigenden praktischen Lösung entgegenzuführen. Daher sollte man meines Erachtens zunächst bei der sehr wichtigen und zeitgemäßen Haftpflicht- und Unfall-Versicherungs-Frage stehen bleiben. —

Die größten Mängel des derzeitigen Haftpflichtgesetzes liegen, wie ich oben dargelegt habe, in den §§ 2 und 4, deren baldige Abänderung und bezw. gänzliche Beseitigung schon im Interesse des socialen Friedens dringend wünschenswerth erscheint. Außerdem dürfte die Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes auf die Baugewerbe und die Landwirthschaft ernstlich in Angriff zu nehmen sein, nachdem es statistisch längst nachgewiesen ist, daß in diesen beiden Gewerben die Unfälle der Arbeiter mindestens ebenso zahlreich sind, wie in den Fabriken, mithin kein Grund ersichtlich ist, den landwirthschaftlichen und den Bau-Arbeitern den Schutz des Haftpflichtgesetzes noch länger vorzuenthalten.

Ich resumire meine Vorschläge in der Haftpflicht- und Unfall-Versicherungs-Frage kurz dahin:

„Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes auf alle Unternehmungen und Gewerbe — vielleicht nur mit Ausschluß des Kleinbetriebes —; Ausdehnung der Haftpflicht, im Sinne des § 1, auf alle Unfälle, ausgenommen solche, welche durch höhere Gewalt oder durch grobes Selbstverschulden der verunglückten Arbeiter und Bediensteten herbeigeführt sind; dagegen Begrenzung der Entschädigungspflicht, sowohl für die Arbeiter und Bediensteten, wie für dritte, fremde

Personen, auf Höhe des dreifachen Jahres-Einkommens. Als Maßstab für das letztere könnte das durchschnittliche Einkommen des Verunglückten in den, dem Unfalle vorhergegangenen drei Jahren, bezw. der ortsübliche Lohn für die Arbeiter und Bediensteten der gleichen Kategorien angenommen werden. Endlich Streichung des § 4, jedoch unter Rücksichtnahme auf die Knappschaftskassen, für welche angemessene Special-Bestimmungen zu erlassen sein würden“.

Ich wende mich nun, unter Uebergehung der Krankenkassen-Frage, die ich seit Erlass des Hilfskassengesetzes vorläufig als abgeschlossen betrachte, zu der Frage: „ob und in welcher Weise läßt sich am zweckmäßigsten eine Versicherung der Arbeiter gegen Invalidität in Folge von inneren Krankheiten, Altersschwäche und körperlichen Gebrechen herbeiführen?“ Je tiefer ich in das Studium dieser schwierigen Materie eingedrungen bin, um so mehr bin ich zu der Ueberzeugung gelangt, daß jeder Versuch, die an sich zwar sehr wünschenswerthe Invaliden- und Alters-Versorgung der Fabrikarbeiter durch Zwangskassen, oder selbst nur durch Kassenzwang, zu regeln, völlig aussichtslos erscheint, resp. an den zahllosen praktischen Schwierigkeiten stets scheitern wird und muß.

Vor Allem erscheint es außerordentlich schwierig, wenn man nicht auf alle Arbeiter, ohne Ausnahme, die projectirte Zwangs-Versicherung ausdehnen will — was wohl weder zur Zeit beabsichtigt ist, noch für die Zukunft in Aussicht genommen werden könnte, — eine bestimmte, leicht erkennbare, Grenzlinie für die der Zwangs-Versicherung zu unterstellenden Arbeiter zu ziehen. Selbst wenn man nur die „Fabrikarbeiter“ in's Auge faßt, so ergeben sich sofort tausenderlei formelle Schwierigkeiten. Die Zahl der nur vorübergehend in den Fabriken beschäftigten Arbeiter ist eine eben so große, oder vielleicht noch größere, als die Zahl der sogenannten „ständigen“ Arbeiter. Welche Stellung will man dieser fluctuirenden Fabrikarbeiter-Bevölkerung der Zwangs-Pensions-Klasse gegenüber zuweisen? Eine sehr große Anzahl Arbeiter wird von den Fabrikanten auch außerhalb der Fabriklokalitäten — theils dauernd, theils vorübergehend — beschäftigt; will man

diese „Hausarbeiter“ von der Versicherung ausschließen, trotzdem sie doch ebenfalls zu den Fabrikarbeitern zu rechnen sind? Eine nicht minder bedeutende Anzahl arbeitet grundsätzlich nur periodisch in Fabriken und sucht z. B. im Sommer anderweite und bezw. lohnendere Beschäftigung bei den Festungs-, Eisenbahn- und sonstigen Bauten, in Steinbrüchen, bei der Landwirthschaft u. Zu welcher Kategorie will man diese Arbeiter zählen? Sehr viele Arbeiter, namentlich in Süddeutschland, ziehen sich im vorgeschrittenen Alter, wenn auch noch völlig arbeitsfähig, von der Fabrikarbeit gänzlich zurück und widmen sich mit Vorliebe der Deconomie, nachdem sie von ihren Ersparnissen ein Häuschen und ein Stück Feld erworben, oder solches schon vorher bejessen haben. Sollen nun diese ehemaligen „Fabrik-Arbeiter“ ihre, vielleicht während einer langen Reihe von Jahren zur Zwangs-Pensions-Kasse eingezahlten Beiträge einfach verlieren, sobald sie aufhören Fabrikarbeiter zu sein? Was soll ferner mit denjenigen Fabrikarbeitern geschehen, die während längerer oder kürzerer Industriefrisen — wie solche leider nur zu häufig und sehr plötzlich auftreten — in den Fabriken überhaupt keine Beschäftigung mehr finden können und in Folge dessen gezwungen werden, vorübergehend oder dauernd einen anderen Beruf zu wählen? Man wird nicht wohl entgegenen können, daß diese „Fabrikarbeiter“ während der Dauer der Arbeitslosigkeit die Beiträge zur Zwangs-Pensions-Kasse fortentrichten und dadurch ihre Ansprüche an die Kasse aufrecht erhalten könnten: die Arbeiter werden einfach nicht in der Lage sein, die Klassenbeiträge, bei entweder gänzlich mangelndem oder wesentlich reducirtem Verdienste, erschwingen zu können. Ebenjowenig wird man aber den betreffenden Fabrikbesitzern zumuthen können oder wollen, auch für die in Folge der Geschäftsstockung entlassenen Arbeiter ihre gesetzlich fixirten Beitragsantheile fortzuentrichten. Noch weniger aber wird der verdienstlose Arbeiter auch noch die Beitragsleistung seines seitherigen Arbeitgebers aus eigenen Mitteln mit bestreiten können. — Die vermeintliche Wohlthat, welche den Fabrikarbeitern, und von diesen wahrscheinlich nur einem verhältnißmäßig geringen Bruchtheil, durch die Errichtung von Zwangs-Pensions-Kassen

zu Theil werden soll, dürfte selbst in den davon betroffenen Kreisen schwerlich Anerkennung finden. Die von der Zwangs-Pensions-Klasse in Mitleidenschaft gezogenen Arbeiter würden dies möglicher Weise eher als eine Benachtheiligung, denn als eine Wohlthat ansehen, und sich den übrigen, vom Klassenzwange befreiten, Arbeitern gegenüber als bevormundet erachten. Umgekehrt könnten dagegen die von der Zwangs-Pensions-Klasse ausgeschlossenen Arbeiter sich wiederum den Fabrikarbeitern gegenüber als zurückgesetzt und benachtheiligt fühlen, da der Staat ihre Zukunft nicht sicher stelle. Kurzum, die beabsichtigte Gesetzeswohlthat könnte leicht in das direkte Gegentheil: Erzeugung von Unzufriedenheit auf allen Seiten, in Folge der Bildung von Klassen-Unterschieden unter den Arbeitern, verkehrt werden. Müßte nicht, als Konsequenz und bezw. als notwendiges Korrelat der Zwangs-Pensions-Klasse den, dieser unterstellten Arbeitern ein gewisser Minimallohn von Staatswegen garantirt werden, damit die betreffenden Arbeiter unter allen Umständen die Gewißheit hätten, neben Bestreitung ihrer notwendigen Lebensbedürfnisse, auch die, keineswegs unerheblichen, Klassenbeiträge stets leisten zu können? Würde eine derartige Forderung der Arbeiter wohl als durchaus unbillig und unrechtmäßig bezeichnet werden können? Könnte sich aber der Staat hierauf einlassen? —

Schon aus diesen wenigen hier aufgeworfenen Fragen dürfte hervorgehen, welche außerordentliche Schwierigkeiten den aufgetauchten Zwangs-Klassen-Projekten sich in der Praxis entgegenstellen, und mit welcher Vorsicht diese Projekte behandelt werden müssen, wenn einerseits nicht unerfüllbare Hoffnungen in den Arbeiterkreisen erweckt, andererseits der Staat nicht in ein böses Dilemma hineingerathen soll. — Es ist zwar auch bereits der Vorschlag aufgetaucht: die sämtlichen Arbeiter, ohne Ausnahme, der Zwangs-Pensions-Klasse zu unterstellen. Aber auch dieses Projekt erscheint bei näherer Betrachtung eben so unausführbar, wie die Beschränkung der Zwangsklassen auf die Fabrikarbeiter. Wie weit soll der Begriff „Arbeiter“ ausgedehnt oder eingeschränkt werden? Welche Kriterien bestehen dafür, oder sollen aufgestellt werden,

den sogen. Arbeiter von anderen Berufsclassen zu unterscheiden? Sind außer den Fabrik-, den landwirthschaftlichen und Bauarbeitern nicht auch die unselbstständigen Handwerker, die nicht-etatsmäßig angestellten, bezw. nicht=pensionsberechtigten, Eisenbahn- und Post=Bediensteten ebenfalls „Arbeiter“, im engeren Sinne des Wortes? Gehören dazu nicht unzweifelhaft alle Tagelöhner, Dienstmänner und Dienstboten, Kutscher, Bedienten u. s. w.? Sind ferner die tausende und abertausende Handlungsgehilfen aller Art, selbst die staatlichen und städtischen Angestellten, welche noch keine amtliche Pensionsberechtigung besitzen, nicht ebenfalls Arbeiter? Kann nicht überhaupt Jedermann, dessen Zukunft nicht unbedingt gesichert ist, in die Lage kommen, im Alter ohne Erwerb und ohne Vermögen dazustehen und somit pensionsbedürftig zu erscheinen? Sind die stellen- und vermögenslosen altersschwachen Handlungsgehilfen, Handwerker, Tagelöhner, Dienstmänner, Kutscher, Bedienten u. s. w. etwa weniger hilfsbedürftig und beklagenswerth als die Fabrikarbeiter? Doch gewiß nicht! Wohl aber wird es kaum einer weiteren Erörterung bedürfen, um zu begreifen, daß es praktisch unausführbar erscheint, auf „alle Arbeiter“ die Zwangs=Pensions=Kasse auszudehnen. Wo wären denn die Arbeitgeber, welche für die Tagelöhner, Dienstmänner und die zahlreichen anderen Arbeiter=Kategorien, welche keinen ständigen Arbeitgeber haben, ihre Beitrags=Antheile entrichten würden? Oder sollten etwa diesen Arbeiter=Kategorien die vollen Beiträge auferlegt werden, einschließlich derjenigen Antheile, welche für die Fabrikarbeiter deren Arbeitgeber entrichten sollen? Das ginge wohl, ganz abgesehen von der hierin liegenden Ungerechtigkeit, schon aus dem Grunde nicht, weil die höchst unregelmäßigen Einnahmen dieser letzteren Arbeiter=Kategorien es kaum erwarten lassen dürften, daß sie die nothwendigen, nicht unerheblichen Beitragszahlungen, wenn überhaupt, je pünktlich zu leisten vermöchten.

Sieht man aber von den vorgeschilderten, mehr formellen Schwierigkeiten gänzlich ab, so ergeben sich ferner nicht minder gewichtige Bedenken in materieller Beziehung. Die als nachahmenswerthes Vorbild aufgestellten Knappschaftskassen sind durch-

aus nicht mustergiltig, da die meisten derselben — wahrscheinlich sogar sämtliche — nach dem bestimmten Urtheil hervorragender Sachverständiger, mit mehr oder minder bedeutenden Unterbilanzen behaftet sind, der Art, daß bei vielen derselben der Zustand völliger Insolvenz nur noch eine Frage der Zeit ist. Es mangelt nämlich sämtlichen Knappschaftskassen an den versicherungs-technischen Unterlagen, d. h. diese Kassen haben seither nur mit den laufenden Einnahmen und Ausgaben gerechnet, ohne an die Zurückstellung der rechnungsmäßigen Deckungs-Kapitalien für die zukünftigen Verbindlichkeiten und für den Fall ihrer möglichen Auflösung zu denken. Heute wird dieser Uebelstand schon von den meisten Vorständen der Knappschaftskassen eingesehen, und dieselben suchen sich jetzt auf alle mögliche Weise zu helfen: durch Reduktion der Leistungen einerseits und Erhöhung der Beiträge andererseits. Wie empfindlich davon aber die betroffenen Arbeiterkreise berührt werden, ist wohl leicht begreiflich. —

Wollte nun der Staat ähnliche Vorkommnisse bei der projektirten Zwangs-Pensions-Kasse vermeiden, — was doch wohl geschehen müßte, um ganz unberechenbaren Konsequenzen vorzubeugen —, so wären hiefür, nach den angestellten Berechnungen anerkannter Autoritäten, Hunderte von Millionen erforderlich, um eine derartige Kasse auf einer sicheren und rationellen Basis zu errichten. Woher sollten aber diese kolossalen Mittel beschafft werden? Doch nicht etwa auf Kosten derjenigen Steuerzahler, welche kein unmittelbares Interesse und keine direkten Vortheile aus der fraglichen Zwangs-Pensions-Kasse zu erwarten hätten!?

Man gebe sich aber auch keinen Täuschungen darüber hin, daß es leicht sein werde, selbst von den ständigen „Fabrikarbeitern“ die auf Mk. 22. pro Kopf veranschlagten Jahresbeiträge zu den Zwangs-Kassen einzuziehen, ganz abgesehen von dem Unrecht, welches darin liegen würde, wenn diese nämlichen Arbeiter außerdem noch einen Kommunal-Steuer-Beitrag für die Zwangsarmenpflege, welche den übrigen Arbeitern zu Gute kommt, zu zahlen haben würden. Der Fabrikarbeiter würde alsdann doppelt belastet werden: einmal hätte er für den

möglichen Fall, seinerseits der Armenpflege nicht anheimzufallen, jährlich Mk. 22 zu zahlen, zweitens müßte er einen Kommunal-Steuerbeitrag für die Zwangsarmenpflege, zum Vortheil derjenigen Arbeiter entrichten, welche der Zwangs-Pensions-Kasse nicht unterliegen. —

Eine sehr große Schwierigkeit liegt ferner in der z. B. noch mangelnden, bezw. durchaus unzureichenden Statistik. Das dürftige Material, welches bis jetzt vorliegt, ist von den Herren Reichstags-Abgeordneten Wölmer und Dr. Freiherrn von Hertling gründlich durchgearbeitet worden. Der hierüber erstattete Bericht sagt: „Das vorgelegte Material ist von Vollständigkeit ziemlich weit entfernt, viele bestehende Invaliden-Kassen an hervorragenden Werken des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes, und eben solchen in Berlin, sind bei den vorgenommenen Erhebungen gänzlich unberücksichtigt geblieben; es seien also bedeutende Lücken in dem aus Preußen unterbreiteten Material vorhanden; verhältnißmäßig noch größere Lücken zeigen aber die aus Süddeutschland beschafften Unterlagen.“ —

Aus allen vorangeführten Gründen halte ich die projektirte staatliche Zwangs-Pensions-Kasse weder auf der engeren Basis — für die „Fabrikarbeiter“ — noch auf der weiteren — für „alle Arbeiter“ — praktisch für durchführbar. Es ist freilich sehr bequem, die Hülfe des Staates anzurufen, wenn man sich der Lösung schwieriger socialer Probleme gegenüber befindet. Man sollte jedoch dem Staate nichts Unmögliches zumuthen und ihn namentlich nicht in eine schiefe Lage dadurch bringen wollen, daß man ihn zu verleiten sucht, Klassen-Unterschiede zwischen den einzelnen Arbeiter-Kategorien zu schaffen, wodurch der sociale Frieden nur noch mehr erschüttert werden würde. Das sociale Elend, welches aus der mangelnden Invaliden- und Alters-Versorgung resultirt, ist übrigens nicht nur in den Kreisen der Fabrikarbeiter-Bevölkerung anzutreffen, sondern erstreckt sich auf sehr, sehr breite Schichten der menschlichen Gesellschaft. Ueberhaupt ist die Invaliden- und Altersversorgung der Fabrikarbeiter, die in jüngster Zeit so auffallend in den Vordergrund gestellt wird, keineswegs

die wichtigste der noch ungelösten übrigen Fragen, aus welchen die gesammte Arbeiter-Frage sich zusammensetzt. In allererster Linie ist es für den Arbeiter von höchster Wichtigkeit, während der Zeit seiner vollen Arbeitskraft und Thätigkeit für sich und seine Familie ein auskömmliches Einkommen zu erlangen; in zweiter Linie steht die Krankenkassenfrage, resp. die Kranken-Unterstützung, welche ihm für die Dauer seiner Arbeitsunfähigkeit in ausreichender Höhe gesichert werden muß; drittens ist die Haftpflicht- resp. Unfall-Versicherungs-Frage für ihn von hoher Bedeutung, da ein körperlicher Unfall den Verunglückten und dessen Familie urplötzlich aus bis dahin leidlichen Verhältnissen in die traurigste Nothlage versetzen kann. Erst nachher kommt die Frage wegen Versorgung der auf natürlichem Wege invalide werdenden Arbeiter in Betracht, und endlich kommt die Reihe an die Wittven- und Waisen-Versorgung der eines natürlichen Todes gestorbenen Arbeiter. Eine völlige, Jedermann befriedigende Lösung jeder einzelnen dieser verschiedenartigen Aufgaben, aus welchen sich die große sociale Frage in der Hauptsache zusammensetzt, wird wohl schwerlich jemals gelingen, daher muß man um so behutsamer, Schritt vor Schritt, und in logischer Reihenfolge, an die praktische Lösung der einzelnen Probleme herantreten und sich, fernhaltend von allen Illusionen und Ueberstürzungen, stets mit dem jeweilig Erreichbaren begnügen. —

Die Invaliden-Pensions-Kassen-Frage kann, wie ich nachgewiesen zu haben glaube, weder zwangsweise noch urplötzlich gelöst werden. Es dürfte meines Erachtens vollkommen genügen, wenn der Staat, resp. die gesetzgebenden Factoren sich damit begnügten, durch Erlaß liberaler Normativ-Bestimmungen der Bildung neuer und bezw. Weiterentwicklung schon bestehender freien Invaliden-Kassen, sowie der Begründung von Invaliditäts-Versicherungs-Gesellschaften oder Genossenschaften, nach Möglichkeit Vorschub zu leisten. Es existiren bereits eine ganze Reihe von Invaliden-Kassen, die theils aus der Initiative der Arbeitgeber, theils aus den Arbeiterkreisen heraus, wie auch in anderen Berufsständen, geschaffen sind. Ich erinnere nur an die zahlreichen

Invaliden-Kassen größerer Fabriken-Etablissements, welche zum Theil sehr gut fundirt sind und sich in fortschreitender Entwicklung befinden; an die Invaliden-Kassen der deutschen Gewerk-Vereine, der deutschen Maschinenbau- und Metall-Arbeiter, an den Lehrer-Pensions-Verband in Dresden, an die Pensions-Kasse der Genossenschaft deutscher Bühnen-Angehöriger, an diejenige der Buchdrucker-Gehülfen u. a. m. Ferner ist die weitere Entwicklung der „Kaiser-Wilhelms-Spende“ abzuwarten, welche laut § 2 ihrer Satzungen bezweckt: „den gering bemittelten Klassen des deutschen Volkes, namentlich dem Arbeiterstande, Gelegenheit zu geben, für die Zeit des Alters Renten oder Kapital zu versichern“. Endlich erwähne ich noch des Arbeitgeber-Vereins „Concordia“, gegründet zur Beförderung des Wohles der Arbeiter, welcher sehr beachtenswerthe praktische Schritte im Interesse der Invaliden-Versorgung der Arbeiter bereits eingeleitet hat.

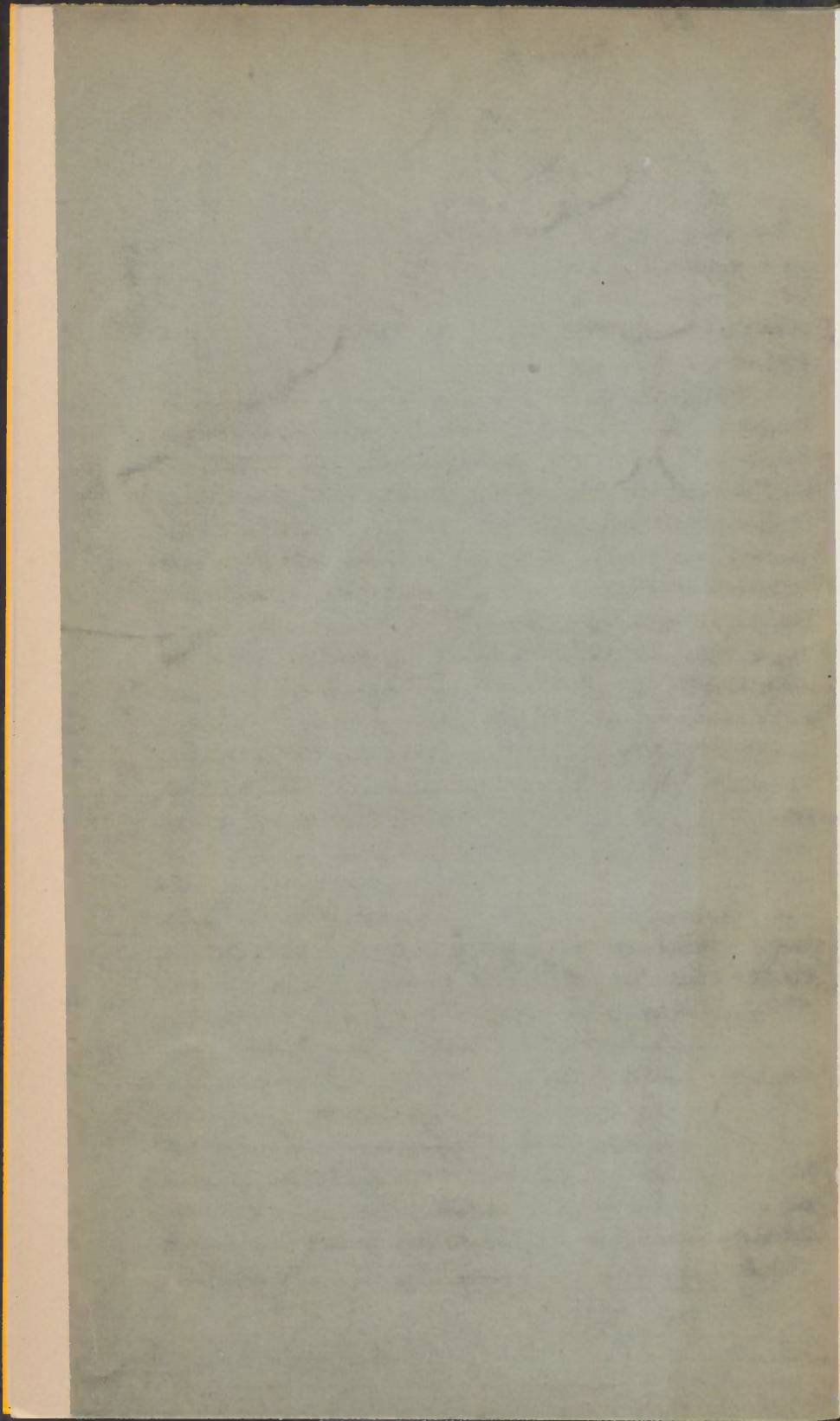
Ich bin hiernach der Meinung, daß man die Lösung der Invaliditäts-Frage getrost der freien Thätigkeit der Arbeitgeber und der Arbeiter überlassen könne. Ueberall da, wo das Bedürfniß, welches für die einzelnen Industrie-Zweige und Bezirke ein sehr verschiedenartiges ist, hierfür vorliegt, werden derartige Kassen, zumal wenn sie sich des gesetzlichen Schutzes erfreuen, unzweifelhaft aus der Initiative der Betheiligten hervorgehen.

Liegt sonach einerseits für die Verstaatlichung der Invaliditäts-Versicherung, bezw. für die Bildung von Zwangs-Pensions-Kassen, kein Bedürfniß vor, und stehen andererseits, wie nachgewiesen, der praktischen Ausführung eines derartigen Projektes unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen, so kann wohl noch weniger ernstlich davon die Rede sein, die Kranken-Kassen oder gar die Unfall-Versicherung zu verstaatlichen. Die Kranken-Kassen können ihres eigenartigen lokalen Charakters, schon der nothwendigen und höchst schwierigen Controle wegen, niemals entkleidet werden, während die Unfall-Versicherung bereits aus eigener Initiative der betheiligten Kreise eine so bedeutende Entwicklung genommen hat und sich in Zukunft zweifellos noch großartiger entwickeln wird, namentlich wenn das Haftpflichtgesetz die allseitig angestrebte,

nothwendige Verbesserung und Erweiterung erfahren haben wird — daß sie keines anderen staatlichen Schutzes bedarf, als den der freiesten Bewegung, möglichst unter der Herrschaft eines, in Aussicht gestellten, zeitgemäßen Versicherungs=Geetzes.

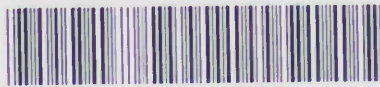
Frankfurt a/M., im Oktober 1880.

H. Kleeberg.





Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften



206\$01468766